Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/589

15. 02. 95

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft und der weiteren Abgeordneten der PDS

Zusage der deutschen Kreditwirtschaft „zusätzlich eine Milliarde DM in den Privatisierungsprozeß von sanierungsfähigen Unternehmen der Treuhandanstalt im eigenen Risiko einzubringen" vom Februar 1993

Die deutsche Kreditwirtschaft hatte im Februar 1993 zugesagt, „zusätzlich eine Milliarde DM in den Privatisierungsprozeß von sanierungsfähigen Unternehmen der Treuhandanstalt im eigenen Risiko einzubringen."

In folgenden Fällen hat die Bundesregierung auf entsprechende Anfragen der PDS keine Antwort zum Umfang der Verwirklichung dieser Zusage gegeben:

- Auf die Anfrage der Abgeordnetengruppe PDS/Linke Liste antwortete die Bundesregierung am 5. April 1993: „Gespräche über die Umsetzung der Zusagen sind zwischen Banken und Treuhandanstalt aufgenommen worden. (Drucksache 12/4681)"

- Am 8. Dezember 1993 erklärte der Vertreter der Bundesregierung im Treuhandausschuß des Deutschen Bundestages, daß die Aufteilung der Beitragshöhe interne Schwierigkeiten in der Kreditwirtschaft bereite. Er sei zuversichtlich, daß diese Probleme schnellstmöglich gelöst werden.

- Am 10. März 1994 in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7042).

- Auf die Anfrage der Abgeordnetengruppe PDS/Linke Liste antwortete die Bundesregierung im September 1994: „Nach den eingehenden Gesprächen zwischen der Bundesregierung und der Treuhandanstalt mit den Banken kann davon ausgegangen werden, daß die Bankenzusage in 1994 weitgehend erfüllt wird. (Drucksache 12/8481)"

- In ihren Antworten auf die Fragen der PDS hat die Bundesregierung am 12. Januar 1995 wiederum keine Angaben gemacht. Die Bundesregierung führte an: „In weiteren Gesprächen soll in den nächsten Wochen ein Gesamtüberblick hierüber gegeben werden."

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Von welchen Kreditinstituten stammt die Zusage?

2. In welcher Form liegt die Zusage der Kreditinstitute der Bundesregierung vor?

3. Auf welches Jahr und auf welchen Zeitraum erstreckte sich die Zusage im Februar 1993?

4. Ist die Bundesregierung bereit, diese Zusage zu veröffentlichen?

   Wenn nein, warum nicht?

5. Welche Verbindlichkeit hat diese Zusage?

6. Welche Aktivitäten wurden durch die Bundesregierung in Verwirklichung der von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl verkündeten Zusagen im einzelnen tatsächlich unternommen?

7. Mit welchen Kreditinstituten wurden durch die Bundesregierung Verhandlungen geführt?

8. Welche Möglichkeiten standen der Bundesregierung seit Februar 1993 zur Verfügung, diese Zusagen im Interesse der Schaffung von Arbeitsplätzen einzufordern?

9. In welchem Umfang hat die deutsche Kreditwirtschaft ihre Zusage vom Februar 1993, „zusätzlich eine Milliarde DM in den Privatisierungsprozeß von sanierungsfähigen Unternehmen der Treuhandanstalt im eigenen Risiko einzubringen", verwirklicht?

10. Wie viele Arbeitsplätze wurden in den vollständig durch die Kreditinstitute erworbenen Unternehmen vertraglich vereinbart; wie viele in den Unternehmen, an denen Beteiligungen erworben wurden?"

11. Auf welchen Monat bezieht sich die erste Arbeitsplatzzusage aus der im Februar 1993 gegebenen Zusage, und um wie viele Arbeitsplätze handelt es sich?

12. Wie hoch waren die mit den Kreditinstituten vereinbarten Arbeitsplatzzusagen zum 30. Juni 1993, 30. September 1993, 31. Dezember 1993, 31. März 1994, 30. Juni 1994, 30. September 1994, 31. Dezember 1994, 31. Dezember 1995, 31. Dezember 1996, 31. Dezember 1997, 31. Dezember 1998, 31. Dezember 1999, 31. Dezember 2000, um welche Unternehmen handelt es sich jeweils, und wie viele Arbeitsplätze wurden in den abgelaufenen Zeiträumen realisiert?

Bonn, den 14. Februar 1995

Dr. Barbara Höll
Rolf Kutzmutz
Dr. Christa Luft
Dr. Gregor Gysi für die weiteren Abgeordneten der PDS

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44